UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUL 22 1936
LIBRARY

Nachmittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskripte gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 1. Juli	Nr. 852

Internationale Olympia-Segelflugvorführung in Staaken.

Berlin, 1. Juli. Am 4. August dieses Jahres veranstaltet im Auftrage des Organisationsausschusses für die XI. Olympiade Berlin 1936 der Reichsluftsportführer auf dem Flugplatz Staaken eine internationale Segelflugvorführung. Zu dieser Vorführung gingen beim Reichsluftsport Deutschland die Meldungen von fünf ausländischen Nationen ein, und zwar Italien, Polen, Oesterreich, Schweiz und Ungarn.

Die Italiener kommen mit drei Leistungssegelflugzeugen, einem Schulsegler und einem Windenschleppmagen nach Berlin; die Zahl der Mannschaft ist mit 20 angegeben. Die gemeldeten Segelflugzeuge sind eigene Konstruktionen der Italiener.

Die Polen haben noch keine endgültige Teilnehmerzahl mitgeteilt. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch sie mit einer stärkeren Mannschaft zu diesen Vorführungen antreten werden.

Drei Segelflugzeuge hat der Oesterreichische Aeroklub gemeldet. Es handelt sich um Maschinen deutscher Konstruktion: Busard, Condor und Sperber.

Die Ungarn meldeten ein Segelflugzeug eigener Konstruktion und zwar entweder den „Karakan" oder den im Bau befindlichen „Nemeri".

Die Schweiz entsendet ebenfalls eine Maschine eigener Konstruktion; die aus drei Mann bestehende Mannschaft steht unter Führung des schweizerischen Oberexperten für den Segelflug, H. Schreiber.

Die Arbeitsdienstpflicht der weiblichen Jugend.

Berlin, 1. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Die Aufgaben der Landwirtschaft fordern den Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte. Staat und Partei sind bemüht, in verschiedenen Formen auch die deutschen Mädchen zur Hilfe in der Landwirtschaft heranzuziehen. Wenn die gesetzlich bereits festgelegte Arbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend eingeführt ist, dann wird hier eine Hilfsquelle erschlossen sein.

Der Reichsminister des Innern und der Reichsarbeitsführer haben sich auch damit einverstanden erklärt, daß diejenigen Mädchen über 17 Jahren nicht mehr zur Ableistung der künftigen Arbeitsdienstpflicht der weiblichen Jugend herangezogen werden, die nachweislich vor dem 1. Oktober 1937 freiwillig wenigstens neun Monate Landarbeit geleistet haben. Dabei ist es gleichgültig, ob diese Arbeit a) in freien landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis oder b) in der Landhilfe oder c) in einem BdM-Umschulungslager verrichtet worden ist.

Als Nachweis gilt außer dem Landhelferbrief eine Bescheinigung des für die landwirtschaftliche Arbeitsstelle zuständigen Gemeindevorstehers.

Franziskaner wegen Devisenvergehens vor Gericht.

Cleve, 30. Juni. Vor der Cleber Großen Strafkammer begann am Dienstag die Verhandlung gegen fünf Brüder des Franziskanerordens der Waldbreitbacher Genossenschaft und 14 weitere Angeklagte wegen schwerer Schmuggel- und Devisenvergehen.

Das von der Anklagebehörde gegebene Beschuldigten gesammelte Material ist so umfangreich, daß mit einer zwei- bis dreiwöchigen Prozeßdauer zu rechnen ist. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 2316 000 Kilogramm Getreide von Holland nach Deutschland eingeschmuggelt und dafür 231 300 Reichsmark unter Nichtbeachtung der Devisenvorschriften nach Holland gebracht.

Die zur Verhandlung stehenden Vorgänge haben sich bei der Genossenschaftsniederlassung Petrusheim in Baal bei Wesel (Kreis Geldern) hart an der holländischen Grenze abgespielt. Die Ordensniederlassung Petrusheim umfaßt 1600 Morgen, von denen 1000 Morgen unter dem Pflug sind. Sie nimmt vorwiegend asoziale Elemente, Landstreicher usw. auf, um sie zur Arbeit anzuhalten und durch landwirtschaftliche Tätigkeit wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Das Petrusheim war zurzeit der zur Anklage stehenden Vorgänge ein sogenanntes Grenzdurchschnittgut.

Der holländische Besitz von 56 Morgen war 1929, offenbar um leichter schmuggeln zu können, durch den früheren Vorsteher des Heims, den 44 Jahre alten Adolf Keller, genannt Bruder Sigisbert, hinzuerworben worden. Die Erträgnisse der auf holländischem Boden gelegenen Aecker durften nach Deutschland eingeführt werden. Aus diesem Umstand erwuchs die Verleitung zur Einfuhr weit größerer Ernteerträge, als sie der eigene Acker jemals hervorbringen konnte. Daneben wurden noch Benzin, Tabak, Zigaretten und Lebensmittel eingeschmuggelt. Außer den angeklagten Brüdern haben sich noch diese Fuhrleute und Getreidehändler wegen Beteiligung an den umfangreichen Geschäften zu verantworten.

Der erste Verhandlungstag entrollte ein unglaubliches Bild von den Zuständen im Petrusheim und den Machenschaften des Bruders Sigisbert, der nach dem bisherigen Ueberblick als der Hauptschuldige an allen Vergehen anzusehen ist. Er ist seit etwa einem Jahre flüchtig.

Der Angeklagte Joseph Reiß, genannt Bruder Valentin, führte das Gut als Vorsteher bis zum Jahre 1929, wo es Bruder Sigisbert übernahm. Mit Bruder Sigisberts Eintritt verwandelte sich das ehrbare Unternehmen der Niederlassung bald in ein wahres Schmuggelparadies. Allein von 1930 bis November 1933 sind nachweislich 46 000 Zentner Getreide über die Grüne Grenze im Bandenschmuggel eingebracht worden.

Der Angeklagte Johann Hoffmann, genannt Bruder Kasimir, bezeichnete es als ein offenes Geheimnis, daß im Petrusheim geschmuggelt wurde. Er selbst will allerdings als Küchenmeister nur mit 15 000 Zigaretten, 5 kg Tabak, und 30 kg Tee beteiligt gewesen sein.

Der Angeklagte Horstmann, der die geschäftlichen Arbeiten erledigte, gab zu, daß Verladescheine unter Fälschung von Zeit und Namensangabe verwendet worden seien.

Britische Frontkämpfer in Bremen.

Bremen, 1. Juli. Am Dienstag nachmittag trafen in Bremerhaven 17 britische Frontkämpfer, Mitglieder der British Legion, ein. Führer der englischen Abordnung ist Generalmajor Vaughan. An der Fahrt beteiligen sich als Ehrengäste die Bürgermeister zweier englischer Städte sowie der ehemalige Marine-Attaché der britischen Botschaft in Berlin, Kapitän z. S. Wahn. Im Bremer Ratskeller waren die britischen Frontkämpfer Gäste des Bremer Senats. Nach dem Besuch Bremens fuhren die britischen Frontkämpfer nach Berlin weiter.

Dänische Anerkennung für die Heidelberger Universitätsfeier.

Kopenhagen, 1. Juli. Die konservative Dagens Nyheder veröffentlicht unter der Ueberschrift „O alte Burschenherrlichkeit" eine längere Schilderung ihres nach Heidelberg entsandten Berichterstatters. Darin heißt es, daß das Universitätsjubiläum von einem selbstbewußten, stolzen und starken Deutschland gefeiert worden sei.

Unter Bezugnahme auf verschiedene aus diesem Anlaß gehaltene Reden führt der Berichterstatter aus, daß die älteste Universität des Reiches die Hände über den Rhein strecke und von Nachbarn im Westen auffordere, die blutigen Kämpfe der Vergangenheit zu vergessen. Heidelberg habe den Gästen aus dem Auslande keineswegs die nationalsozialistische Weltanschauung aufzwingen wollen. Die wunderschöne und in der ganzen Welt besungene Neckarstadt habe sich jedoch als ein Ausschnitt des nationalsozialistischen Reiches präsentiert.

Staatssekretär Milch aus London abgeflogen.

London, 1. Juli. Staatssekretär General der Flieger Milch verließ am Mittwoch morgen zusammen mit den Herren seiner Begleitung London. Er begab sich im Flugzeug nach Berlin zurück.

Dr. Reischle in Bristol.

London, 1. Juli. Am Dienstag abend traf in London der Stabsamtsführer beim Reichsnährstand, Dr. Reischle, ein. Er fuhr nach Bristol weiter, wo er die britische Landwirtschaftliche Ausstellung besuchen wird.

Chilenische Kundgebung für Führer und Reich.

Santiago de Chile, 1. Juli. Die Arbeiter und Kulturvereinigung „Manuel Rodriguez" in Santiago veranstaltete in einer mit deutschen und chilenischen Farben geschmückten Schule einen feierlichen Festakt zu Ehren des Führers und des Deutschen Reiches. Sie übergab dabei dem deutschen Botschafter zur Uebermittlung an den Führer eine Pergamenturkunde, die von 13 Arbeiterorganisationen unterschrieben ist.

In Ansprachen hoben die Veranstalter die herzlichen Gefühle der chilenischen Arbeiterschaft für den Führer und das Dritte Reich hervor. Eine Carabinero-Kapelle spielte einleitend und am Schlusse des Abends den Badenweiler-Marsch. Der Veranstaltung wohnten der deutsche Botschafter, der Oberpräsident der Provinz Santiago, der Landesgruppenleiter, der deutsche Konsul, der Schuldirektor und zahlreiche Arbeiterabordnungen bei.

Der Danziger Völkerbundskommissar in Genf.

Danzig, 1. Juli. Der Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Sir Sean Lester ist am Dienstag nachmittag nach Genf abgereist.

Die Vormittagssitzung in Genf.

Genf, 1. Juli. Die Vormittagssitzung der Völkerbundsversammlung begann mit der Mahnung des Vorsitzenden **van Zeeland**, keine Ruhestörungen mehr zu unternehmen, andernfalls strengere Maßnahmen ergriffen werden müßten.

Darauf erhielt der Vertreter Kolumbiens, Dr. **Turbay**, das Wort. Er erklärte, man müsse, da sich gezeigt habe, daß der Völkerbund nicht funktioniere, wenigstens die Grundsätze retten. Es sei besser, daß sich der Völkerbund in Zukunft auf das beschränke, was er wirklich durchführen könne, als daß er, als ihn weiter mit überhöhten Aufgaben und Idealen fortbestehen zu lassen, die er nie erfüllen könne.

Der kolumbische Vertreter faßte dann seine Forderungen folgendermaßen zusammen:

Unerschütterliche Treue zu den Grundsätzen des Paktes und gewissenhafte Erfüllung der durch ihn gegebenen Pflichten.

Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietserwerbungen oder durch Gewalt errungener Vorteile,

Verstärkung des Paktes und Maßnahmen, um seine Anwendung wirksamer zu gestalten,

Unterstützung jeder auf regionale Zusammenschlüsse zielenden Initiative,

Zusammenarbeit der regionalen Zusammenschlüsse mit dem Völkerbund zur Aufrechterhaltung des Friedens und Aechtung des Krieges.

Turbay wies dabei auf den Plan der Gründung eines lateinamerikanischen Völkerbundes hin, der im Herbst vor dem panamerikanischen Kongreß zur Behandlung kommen werde. Dieser Bund solle im Rahmen des Völkerbundes bestehen, der regionale Bünde zulasse, ja befürworte.

Die Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Hierauf erhielt der französische Ministerpräsident Léon **Blum** das Wort.

„Ich habe gehört", so sagte er, „daß seit einigen Wochen der Einfluß Frankreichs in Europa und seine Fähigkeit, die internationale Politik zu beeinflussen, abnehme; Frankreich sei unfähig, den Verletzungen des internationalen Gesetzes wirksam entgegenzutreten oder hinsichtlich der Erfüllung internationaler Verträge nützliche Hilfe zu leisten; Frankreich sei eine Macht zweiten Ranges geworden und nach außen durch seine inneren Schwierigkeiten gehemmt.

„Es gibt unter den Mächten, die die internationale Gemeinschaft bilden, keine Rangordnung, und wir glauben auch nicht, daß es jemals eine solche geben wird. Diese Entwertung des Faktors Frankreich in der europäischen Politik wird mit zwei Tatsachen begründet: mit den Arbeiterunruhen in Frankreich und der durch die Wiederbesetzung des Rheinlandes hervorgerufenen Krise.

„Man hat die Streikunruhen so ausgelegt, als hätten sie im inneren Leben Frankreichs eine Periode der Uneinigkeit und Zerrissenheit eröffnet, die den Anfang eines Bürgerkrieges bedeutet. Die Ereignisse nach dem 7. März liegt man so aus, als begründeten sie in der französischen Außenpolitik eine Periode der Furcht, ihren Rang einzunehmen, in der sich Frankreich alles gefallen lasse und erst recht hinsichtlich der anderen alles hinnehme. Beides ist ein schwerer Irrtum.

„Gewiß hat Europa erwartet, daß die militärische Besetzung der Rheinlandzone ebenfalls eine militärische Antwort hervorrufen werde. Frankreich hat sie nicht gegeben. Es hat die Lösung einer so gefährlichen Krise nur im internationalen Verfahren gesucht. Anstatt zu mobilisieren, hat es die Garantiemächte des Locarno-Vertrages angerufen. War das eine Schwäche? Sind wir soweit gekommen, daß Europa heute meint, ein Volk schwäche und deklassiere sich, wenn es sich auf die Waffen des Rechts beschränkt?"

Zu den Arbeiterunruhen in Frankreich erklärte Léon Blum, Frankreich sei in einem großen Umbruch begriffen, der sich ohne Gewalt vollziehe. „Gewiß ist unser inneres Leben sehr bewegt, aber die lebensvollsten Völker sind weder feige noch selbstsüchtig. Ein Volk schwächt sich nicht, sondern wird stärker, wenn seine innere Energie zunimmt. Ein Volk hängt umso mehr an seiner Unabhängigkeit, je mehr Gründe es an ihrer Verteidigung hat, je freier es in einer gerechten Gesellschaftsordnung lebt. So steht es heute mit Frankreich."

Obwohl es Frankreich frei stehe, wie die anderen Völker sich selbst seine Freundschaften nach politischen, sozialen, historischen und völkischen Gesichtspunkten auszusuchen, wolle Frankreich den Frieden für sich und mit allen Völkern, einerlei, welches Regime oder welches Regierungssystem bei ihm herrscht. Der Friedenswunsch Frankreichs sei weder eine Schwäche noch ein selbstsüchtiges Aufsichbeschränken. Frankreich fasse den Frieden nicht als stumme Unterwerfung unter die Gewalt oder resignierte Hinnahme der vollendeten Tatsachen auf.

Hieran schlossen sich die herkömmlichen Betrachtungen über die Unteilbarkeit des Friedens.

Zur augenblicklichen Krise erklärte Léon Blum, die Ursache für das Versagen des Völkerbundes liege nicht im Pakt, sondern seiner verspäteten, unbestimmten und zweideutigen Anwendung. Die Pakt-Verpflichtungen müßten deshalb verstärkt werden. Die französische Abordnung könne keiner der Revisionsformeln zustimmen, die aus dem Völkerbunde eine akademische Beratungsstelle machen würden. Frankreich werde mit ganzer Kraft dazu beitragen, dem Völkerbund neues Leben zu geben.

Der gleiche Selbsterhaltungstrieb, der die Völker heute ihre Rüstungen verstärken lasse, müsse sie dazu bringen, sich enger zusammenzuschließen. Die Rüstungen dienten zur Aufrechterhaltung des Friedens, aber die auf eine Koalition der Rüstungen gegründete kollektive Sicherheit könne kein dauerhaftes Friedensinstrument sein. Aus der abessinischen Erfahrung müsse die Lehre gezogen werden, daß die kollektive Sicherheit in einer übersiedelten Welt die Starken vor eine zu grausame Wahl stelle. Wenn man in der Erfüllung seiner Verpflichtungen bis zum Aeußersten gehen wolle, so müsse man die Gefahr eines Krieges auf sich nehmen. Der Pakt stelle allen Ländern ohne Unterschied diese Gewissensfrage.

Die französischen Reformpläne beschränkten den Beistand auf die geographisch und politisch dem angegriffenen Staat am nächsten stehenden Länder, aber auch so bleibe das Risiko eines Krieges bestehen und müsse mutig getragen werden. Um ihm zu begegnen, könne man nur an Abrüstung denken, obwohl dieser Gedanke heute beinahe als eine lächerliche Utopie erscheine. Aber ohne Abrüstung könnten die internationalen Schiedssprüche keine Wirkung haben und die friedlichen Sanktionen nicht abschreckend wirken. Kollektive Sicherheit und Abrüstung bedingten sich gegenseitig. In diesem Sinne werde Frankreich seinen Einfluß geltend machen und vor seiner Initiative zurückschrecken.

In diesem Geiste wolle es auch die die der Versammlung vorliegenden Konflikte prüfen. Zwei internationale Rechtsverletzungen lägen vor: die Verletzung des Paktes und die eines feierlichen Vertrages. Beide hätten zu einer tatsächlichen rechtswidrigen Lage geführt. Die Rheinland-Angelegenheit werde nicht dadurch, daß der Vertrag, geregelt und die Rheinlandzone entmilitarisiert worden sei, weniger ernst. Frankreich wolle den rechtswidrigen Handlungen keine Konsolidierung durch einer Erneuerung gleichkäme, aber der Völkerbund müsse an die Länder, die diese Rechtsbrüche begangen hätten, die wesentliche Frage stellen, ob sie entschlossen seien, eine bessere Zukunft vorzubereiten und an dem Werk des entwaffneten Friedens im Rahmen des neuerstandenen Völkerbunds mitzuarbeiten. Die müssten gefragt werden, welche Absichten sie hegten und welche Garantien sie vorschlagen wollen. Die der Versammlung unterbreitete italienische Denkschrift stelle einen wertvollen Beitrag in diesem Sinne dar. Es sei zu wünschen, daß die deutsche Antwort auf den englischen Fragebogen ihrerseits den Ausgangspunkt für einen politischen Wiederaufbau Europas bilden könne. Friedensangebote und Abrüstungsvorschläge seien von überall her gekommen, aber sie müßten erst auf ihre Aufrichtigkeit geprüft werden. Keine Macht könne ihre Mitarbeit verweigern, wenn sie sich einem gemeinsamen Willen und einer gemeinsamen Anstrengung aller gegenüberstehe. Wenn sie sich außerhalb der Gemeinschaft halte, so zwinge sie alle anderen Völker zu immer stärkerer Aufrüstung, während doch die Welt Ruhe haben wolle.

Um eine Zusammenkunft der Restlocarno-Mächte.

Genf, 1. Juli. Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Englands, d. h. der Restlocarno-Mächte waren am Dienstag abend bei einem gemeinsamen Abendessen vereinigt. Sie beschlossen, vorläufig weder hier noch in Montreux eine formale Zusammenkunft abzuhalten. In englischen Kreisen denkt man jedoch an eine neue Zusammenkunft vor September. Die Franzosen sind für eine Begegnung in Brüssel in der zweiten Juli-Hälfte. Man spricht vom 21. Juli. Bisher haben die Engländer zwar noch nicht zugestimmt, aber man hält in englischen Kreisen eine solche Zusammenkunft für möglich.

Aegypten errichtet eine Gesandtschaft am Hofe Ibn Sauds.

Kairo, 1. Juli. Der Ministerrat hat die Errichtung einer Gesandtschaft am Hofe Ibn Sauds beschlossen. In der gleichen Sitzung wurde der Unterstaatssekretär im Innenministerium, Hegazi Pascha, zum Gouverneur von Kairo ernannt.

Verantwortlich: i. V. Hermann Rüdiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.